

## Richtlinien über die Ermächtigung zur Weiterbildung

Der Vorstand der Bundesärztekammer hat am 15. Dezember 1978 eine Neufassung der Richtlinien über die Ermächtigung zur Weiterbildung verabschiedet und den Landesärztekammern zugeleitet mit der Empfehlung, sie möglichst bald zu übernehmen um sicherzustellen, daß diese Bestimmungen in allernächster Zeit im gesamten Bundesgebiet und Westberlin angewendet werden können. Die Neuformulierung der Richtlinien war erforderlich geworden, nachdem der Deutsche Ärztetag – aufgrund einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes und nachfolgend von den Länderparlamenten beschlossenen Ärztekammergesetzen – die „Musterweiterbildungsordnung“ in den letzten Jahren geändert hatte. Der Wortlaut der Richtlinien ist auf den Seiten 113 ff. dieses Heftes wiedergegeben. uer

## DAG will bei Stellenplänen mitsprechen

Eine aktive Mitsprache bei der Aufstellung von „Richtlinien für die Besetzung der Krankenhäuser mit Pflegepersonal“ (sogenannte Anhaltszahlen) hat die Bundesfachgruppe Gesundheitsdienst in der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) Hamburg gefordert. In einer Presseverlautbarung heißt es, die von der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) empfohlenen Richtlinien von 1969 beziehungsweise 1974 orientierten sich ausschließlich an betriebswirtschaftlichen Kriterien, berücksichtigten aber wenig die „individuellen Bedürfnisse“ der Krankenanstalten.

Die DAG fordert – unter Berücksichtigung der 40-Stunden-Woche

–, daß sowohl die Krankenhausleitung als auch die mitbestimmungsberechtigten und beratenden Gremien die Richtlinien für die Besetzung der Stellenpläne ermitteln und begründen sollten.

### ZITAT

#### „Schnellbesohlung“

„Alle Betriebsärzte, die bisher nur ein 14-Tage-Seminar besucht haben, sollen die vorgesehene, drei Monate umfassende theoretische Ausbildung innerhalb der nächsten fünf Jahre nachholen müssen. Die Zeit ist reif, die sogenannte ‚Schnellbesohlung‘ zur Erlangung der arbeitsmedizinischen Fachkunde mittels eines 14-Tage-Seminars abzuschaffen. Die von der *Betriebsärztekammer* [! die Red.] bereits beschlossene Weiterbildung für Betriebsärzte und Arbeitsmediziner müsse jetzt verwirklicht werden.“

„Metall-Pressedienst“ Nr. 235/1978, der über eine Forderung des Geschäftsführenden Vorstandsmitgliedes der IG Metall, Karl-Heinz Janzen, anlässlich einer Arbeitssicherheitstagung des IG-Metall-Bezirks Stuttgart in Heidelberg informierte

Nachtwachen seien im Stellenplangefüge des Krankenhauses gesondert zu erfassen. Künftig sollten auszubildende Krankenschwestern und Krankenpfleger aus den Stellenplänen isoliert werden. Würde die Zahl der Auszubildenden auf die Stellenpläne angerechnet werden, so befürchtet die Angestellten-Gewerkschaft, könnte möglicherweise notwendiges Fachpersonal reduziert sowie gleichzeitig das Niveau der Ausbildung beeinträchtigt werden. EB

## Kostendämpfung auf europäisch

Wirtschaftliche Aspekte im Gesundheitswesen standen im Mittelpunkt der Beratungen einer Tagung der für das Gesundheitswesen zuständigen Minister der Länder der Europäischen Gemeinschaft. Sie waren anlässlich einer Ministerratssitzung Mitte November 1978 in Brüssel zusammengetroffen.

Die Gesundheitsminister erörterten Fragen der Organisation, der Finanzierung und der Kosten des Gesundheitswesens ebenso wie den Verbrauch von Arzneimitteln und die Krankenhauspflegekosten. Sie bezeichneten den Anstieg der Kosten der Gesundheitspflege als besorgniserregend, obgleich in einigen Staaten eine Verlangsamung festzustellen sei.

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaft wurde ersucht, auf der Grundlage mehrerer bereits vorgelegter Studien weiterzuarbeiten und geeignete Vorschläge „für die künftige Betätigung der Gemeinschaft auf den genannten Gebieten“ vorzulegen. Die Minister befaßten sich ferner mit der Gesundheitserziehung, dem Tabakmißbrauch, der Ernährung und mit dem Arzneimittelmißbrauch beim Sport. Impffragen sind nach ihrer Ansicht Sache der Weltgesundheitsorganisation.

Die Konferenz der Gesundheitsminister wurde über den Stand der Durchführung der Richtlinien über das Niederlassungsrecht und den freien Dienstleistungsverkehr von Ärzten, Zahnärzten und Krankenpflegern unterrichtet, ebenso über Vorschläge zur gegenseitigen Unterstützung zwischen den Mitgliedsländern bei Katastrophen, größeren Unglücksfällen und außergewöhnlichen Krankheiten. In ihrer nächsten Sitzung wollen die Gesundheitsminister die von ihren britischen Kollegen vorgeschlagene Einsetzung eines „Beratenden Ausschusses für das Gesundheitswesen“ diskutieren. hpb